

**Niederschrift**  
**über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses**  
**am 10.09.2013**

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause: 19.30 – 19.45 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jung  
Frau Kammeier  
Frau Niederfranke  
Frau Osthus  
Herr Schön

SPD

Herr Kaufmann  
Frau Schneider  
Frau Schrader  
Herr Wandersleb

Vorsitzende  
ab 19.40 Uhr

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Hood  
Frau Dr. Ober  
Frau Rathsmann-Kronshage

bis 19.05 Uhr

FDP

Herr Buschmann

Die Linke

Herr Dr. Schmitz

Beratende Mitglieder

Frau Cascante-Maristany      BfB-Ratsgruppe  
Frau Dogan-Alagöz            Integrationsrat  
Frau Huber                      Seniorenrat  
Herr Klein                      Psychiatriebeirat

bis 19.30 Uhr

Fraktions- bzw. gruppenlose Mitglieder

Frau Geilhaar

Verwaltung

Beigeordneter Herr Kähler

Frau Schulz

Frau Tatje  
Herr Döding

Herr Linnenbürger

Herr Niekamp

Herr Voelzke

Herr Puls

Gäste

Frau Haase  
Herr Siegeroth  
Herr Onckels  
Herr Reeske  
Frau Wälter  
Herr Radloff  
Frau Schellong

Schriftführung

Frau Krumme

Dezernat 5  
(bis 18.40 Uhr)  
Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-  
Amt für Demographie und Statistik  
Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-  
Büro für Integrierte Sozialplanung  
und Prävention  
Büro für Integrierte Sozialplanung  
und Prävention  
Büro für Integrierte Sozialplanung  
und Prävention  
Stab Dezernat 5

Weißer Ring e. V.  
REGE mbH  
AGW  
Gesellschaft für Sozialarbeit  
Arbeiterwohlfahrt  
Jobcenter Arbeitplus Bielefeld  
CDU-Fraktion

Amt für soziale Leistungen  
-Sozialamt-

**Öffentliche Sitzung:****Vor Eintritt in die Tagesordnung**

Vorsitzende Frau Schrader begrüßt die Anwesenden und gratuliert Frau Dr. Ober zur Geburt ihrer Tochter und heißt sie im Sozial- und Gesundheitsausschuss wieder herzlich willkommen.

Vorsitzende Frau Schrader stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Sie verweist auf ein ihr zugestelltes Schreiben der AGW zum Thema Weiterentwicklung Rahmenkonzept „offene Seniorenarbeit“, das als Tischvorlage verteilt worden ist (**Anlage 1**).

**Zu Punkt 1****Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 37. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 18.06.2013****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 37. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 18.06.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 2****Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 38. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 16.07.2013****Beschluss:**

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 38. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 16.07.2013 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 3****Mitteilungen****Zu Punkt 3.1****Neue Konzepte für ältere Schwule und Lesben -Workshop des**

**Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Alter und Pflege NRW-**

Frau Tatje berichtet über einen Workshop des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Alter und Pflege NRW, an dem sie teilgenommen hat. Das Land Nordrhein Westfalen habe eine Initiative gestartet, mit der ein konsensambitioniertes kommunales Management entwickelt werden soll. Ziel sei die Integration homosexueller Schwulen und Lesben in die Seniorenarbeit.

---

**Zu Punkt 3.2 Gesetz zur Stärkung der Funktionen der Betreuungsbehörde**

Vorsitzende Frau Schrader verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung.

---

**Zu Punkt 4 Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

---

**Zu Punkt 5 Anträge**

Es liegen keine Anträge vor.

---

**Zu Punkt 6 Bericht über die Arbeit des Weißen Ring e. V.**

Frau Haase stellt sich als Leiterin der Außenstelle Bielefeld vor. Der Weiße Ring (WR) sei die größte Opferschutzorganisation in Deutschland seit 1976. Mit seinen ca. 3.200 ehrenamtlichen Mitarbeitern setze sich der WR in 420 Außenstellen für Menschen ein, die Opfer einer vorsätzlichen Straftat wurden. Der WR erhalte keine öffentlichen Gelder und finanziere sich durch Spenden, Mitgliedsbeiträge, Geldbußen und Nachlässe. Er setze sich für die Rechte der Opfer ein. Opfer bräuchten nicht Mitglied zu sein; eine Strafanzeige sei keine Voraussetzung für Hilfe; finanzielle Zuwendungen bräuchten nicht zurückgezahlt zu werden.

Fragen von Frau Cascante-Maristany und Frau Kammeier werden von Frau Haase beantwortet.

---

**Zu Punkt 7**      **Weiterentwicklung der Beratungsangebote für suchtkranke Menschen in Bielefeld -Konzeptentwicklung-**

Herr Klein erläutert das Arbeitsergebnis des Psychiatriebeirates. Es werde bei den Suchtberatungsstellen keine Möglichkeit der Zusammenlegung von Ressourcen gesehen. Diese würden auch in anderen Aufgabenbereichen der Träger eingesetzt. Zur Weiterentwicklung des Beratungsangebotes bestehe die Absicht, eine verbindliche „Kooperationsvereinbarung Suchtberatung“ bis zum Frühjahr 2014 zu entwickeln.

Nachfragen von Frau Kammeier und Frau Rathsmann-Kronshage werden beantwortet.

-.-.-

**Zu Punkt 8**      **Bericht über Bürgerarbeit**

Beigeordneter Herr Kähler erläutert, dass das Modellprojekt „Bürgerarbeit“ dafür sorgen soll, Personen mit multiplen Hinderungsgründen auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten. Mit der Berichterstattung solle dem Ausschuss dargelegt werden, inwieweit das Projekt zielführend sei bzw. welcher Optimierungsbedarf bestehe.

Herr Siegeroth informiert über den Inhalt des Projektes (**Anlage 2**). Fragen von Frau Rathsmann-Kronshage, Frau Geilhaar, Frau Kammeier und Herrn Dr. Schmitz werden beantwortet.

Herr Reeske verdeutlicht an Beispielen, dass aus Sicht der Träger die Bereitstellung von Arbeitsplätzen im Rahmen des Projektes Bürgerarbeit mit einem sehr hohen Verwaltungsaufwand (Erarbeitung des Arbeitsplatzprofils, Nachweise gegenüber dem Zuschussgeber, Begleitung im Arbeitsablauf durch vorhandenes Personal, etc.) verbunden sei. Beigeordneter Herr Kähler kritisiert in diesem Zusammenhang die geringere Höhe der Förderung im Vergleich zum vorherigen Projekt. Aus Sicht der Stadt Bielefeld sei das Projekt Bürgerarbeit sehr erfolgreich, da es haushaltsneutral sei und zu einer Absenkung der Kosten für Unterkunft geführt habe. Eine Fortführung über das Jahr 2014 sei fraglich, da die erforderliche bundesgesetzliche Regelung noch ausstehe.

Fragen von Herrn Jung, Frau Osthus, Frau Rathsmann-Kronshage und Frau Geilhaar werden beantwortet.

-.-.-

**Zu Punkt 9**      **Arbeitsmarktberichterstattung für den Bereich Sozialgesetzbuch II -Quartalsbericht-**

Herr Radloff erläutert die Situation des Arbeitsmarktes und der Aktivitäten des Jobcenters Arbeitplus Bielefeld.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

---

### **Zu Punkt 9.1 Neuordnung der räumlichen Zuständigkeit**

Herr Radloff verweist auf Seite 26 der mit der Einladung versandten Anlage. Dort würden die Neuverteilung und die Kundenzuordnung dargestellt, die sich aus der bereits vorgestellten Umstrukturierung des Jobcenters ergeben. Er erläutert die den Bereichen zugeordneten Personenkreise wie folgt:

- Vermittlung: Personen, die in den 1. Arbeitsmarkt vermittelbar sind
- Fallmanagement Markt: Personen die mehr Hilfe und Unterstützung benötigen, die innerhalb von 2 Jahren integriert werden könnten; Beratungskontakt alle 1, 2 bzw. 3 Monate
- Fallmanagement Netzwerk: Personen mit multiplen Hinderungsgründen, länger andauernder Vermittlungsprozess, starke Kommunikation mit den Trägern und anschließende Beratung der Personen; Beratungskontakt 1 x jährlich

Fragen von Frau Rathsmann-Kronshage und Frau Geilhaar werden beantwortet.

---

### **Zu Punkt 10 Sozialarbeiterische Betreuung von Flüchtlingen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5792/2009-2014/1

Frau Kammeier teilt mit, dass die CDU-Fraktion der Vorlage inhaltlich zustimmt, aber den höheren Personalaufwand ablehne. Vor dem Hintergrund der Kürzungen bei den freien Trägern halte sie es für problematisch, wenn das Stellentableau der Stadt Bielefeld wieder um zwei Stellen aufgestockt würde.

Frau Rathsmann-Kronshage gibt zu bedenken, dass die bisherige Betreuung unzureichend sei und dass die Jahresfrist bei einem Großteil der Flüchtlinge nicht eingehalten werden könne. Eine Begrenzung des derzeitigen Stellenplans sei wünschenswert, aber eine adäquate Betreuung der Flüchtlinge sei nach Angaben der Verwaltung dann nicht möglich. Die Debatte über städt. Personal solle nicht zu Lasten der Flüchtlinge geführt werden. Gemäß der Verwaltungsvorlage würden die Stellen vom Amt für Integration ins Amt für soziale Leistungen –Sozialamt verlagert. Es müsse nur sichergestellt werden, dass die Integration durch das Amt für Integration gewährleistet sei.

Frau Schulz weist darauf hin, dass es sich bei der Betreuung von Flüchtlingen um eine Pflichtaufgabe handele und das Flüchtlingskonzept eine Integration in Wohnungen und ein selbständiges Wohnen innerhalb eines Jahres zum Ziel habe. Die besondere Situation und die stark

gestiegene Anzahl der Flüchtlinge erfordere eine besondere Qualifikation des Personals bzw. höhere Anzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die Unterbringung und Betreuung erfolge zukünftig vom Sozialamt und die aufbauende Arbeit zur Integration werde durch das Amt für Integration umgesetzt.

Vor dem Hintergrund der besonderen Aufgabe unterstützt Frau Cascante-Maristany ausnahmsweise die Personalaufstockung. Herr Buschmann äußert sein Unverständnis darüber, dass bei jeder neuen Aufgabe auch neue Stellen geschaffen würden. Er schlägt vor, innerhalb des Sozialbereichs zu prüfen, ob es Einsparpotentiale gibt bzw. ob die Aufgaben vom vorhandenen Personal mit übernommen werden könnten.

Frau Osthus regt an, dass die bereits jetzt vorhandenen Kompetenzen schwerpunktmäßig für die Betreuung der Flüchtlinge eingesetzt werden sollten. Sie schlägt vor, die Stellen zunächst für ein Jahr zu befristen und im Laufe dieser Zeit nach Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen.

Frau Rathsmann-Kronshage teilt mit, dass sich die Ampelkoalition intensiv damit auseinandergesetzt habe, wo Aufgabenreduzierungen mit dem Ziel der Personaleinsparungen umsetzbar seien. Das städt. Gesamtbudget müsse überprüft werden, aber es dürfe in diesem Fall nicht dazu führen, dass die notwendige Unterstützung für die Flüchtlinge gefährdet werde.

Frau Schneider befürwortet eine kritische Prüfung von Aufgaben, aber nicht für den Flüchtlingsbereich.

Frau Rathsmann-Kronshage beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Sitzungsunterbrechung von 19.30 -19.45 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung schlägt Frau Rathsmann-Kronshage folgende Ergänzung des Beschlussvorschlages vor:

*Die beiden zusätzlichen Stellen werden umgehend besetzt. Die Verwaltung wird aufgefordert, im gesamtstädtischen Personalbudget eine entsprechende Kostenreduzierung zu prüfen.*

Vorsitzende Frau Schrader bittet um eine Beschlussfassung über die Beschlussvorlage 5792/2009-20014/1 unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Ergänzung.

### **Beschluss:**

**Die 2 Mehrstellen im Sozialamt für die sozialarbeiterische Betreuung von Flüchtlingen sind durch Ausweitung des Stellenplanes sicherzustellen. Die beiden zusätzlichen Stellen werden umgehend besetzt. Die Verwaltung wird aufgefordert, im gesamtstädtischen Personalbudget eine entsprechende Kostenreduzierung zu prüfen.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

**Zu Punkt 11 Verlagerung der Unterbringung von Flüchtlingen von den bestehenden Objekten Teichsheide 12a - 16a und Stadtring 79/79a in das Haus Eisenbahnstr. 29, 29a, 29b**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6015/2009-2014

Frau Schulz erläutert und begründet die wesentlichen Punkte der Beschlussvorlage. Sie weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Brackwede ihr Anhörungsrecht wahrgenommen aber nicht über die Vorlage entschieden habe.

Frau Kammeier meldet für die CDU-Fraktion parteiübergreifenden Beratungsbedarf an und bittet um eine zweite Lesung.

Frau Rathsmann-Kronshage gibt zu bedenken, dass der SGA inhaltlich bereits im Dezember darüber eingehend diskutiert habe. In ihrer Fraktion seien mit den Vertretern der Bezirksvertretung umfassende Gespräche geführt worden. Die Zustände im Übergangsheim Stadtring seien dramatisch und eine schnelle Entscheidung über Veränderungen dringend erforderlich. Erst mit diesem Beschluss könne mit der Fertigstellung des Objektes Eisenbahnstraße begonnen werden. Der Stadtteil Brackwede sei belastet. Bis zu einer 2. Lesung in vier Wochen werde sich diese Einschätzung aber nicht ändern.

Vorsitzende Frau Schrader fordert die Mitglieder auf, sich ihrer Verantwortung als Sozial- und Gesundheitsausschuss bewusst zu werden.

Fragen von Herrn Dr. Schmitz zur Größe der Objekte Stadtring und Eisenbahnstraße, soziale Vernetzung, Trennung von ethnischen Gruppen und Anzahl der Flüchtlinge werden von Frau Schulz und Herrn Döding beantwortet.

Frau Schneider schlägt vor, die Fragen und Bedenken der Bezirksvertretung Brackwede in die Diskussion mit aufzunehmen, aber unabhängig davon einen Beschluss über die Vorlage herbeizuführen.

Frau Osthus bekräftigt die Position der CDU-Fraktion, für die die Abwägung zwischen Einwohnerbelangen und Verbesserung der Situation für die Flüchtlinge nicht ausreichend sei.

Frau Schulz macht deutlich, dass eine volle Auslastung nicht das Ziel der Verwaltung sei. Mit diesem Gebäude werde die Möglichkeit geschaffen, auch kurzfristig eine höhere Anzahl von Flüchtlingen versorgen zu können. Gebäudealternativen seien von der Verwaltung geprüft worden.

Vorsitzende Frau Schrader bittet die Anwesenden um Abstimmung.

**Beschluss:**



Das Gebäude Eisenbahnstr. 29, 29a, 29b wird unter den beschriebenen Rahmenbedingungen als Übergangsheim für Flüchtlinge genutzt. Diese Nutzung wird in den Objekten Teichsiede 12a – 16a und Stadtring 79/79a aufgegeben, wenn das Objekt Eisenbahnstr. in Betrieb ist.

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

---

**Zu Punkt 12 Zielplanungsprozess -Dialogisches Fachforum-, 2. Lesung, Festsetzung des Schwerpunktthemas 2014**

Frau Schneider schlägt vor, sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Beschäftigungsinitiative im Quartier zu beschäftigen. Frau Kammeier unterstützt den Vorschlag, schlägt darüber hinaus noch folgende Erweiterung vor:

*„Unter Einbeziehung ehrenamtlicher Arbeit, z. B. Nachbarschaftsnetzwerke.“*

**Beschluss:**

Der SGA legt im Rahmen des Zielplanungsprozesses für das Jahr 2014 das Thema „Beschäftigungsinitiative im Quartier, unter Einbeziehung ehrenamtlicher Arbeit, z. B. Nachbarschaftsnetzwerke“ als Schwerpunktthema fest. Die Verwaltung wird hierzu kontinuierlich berichten.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

---

**Zu Punkt 13 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es ist über keinen Sachstand zu berichten.

---

Vorsitzende Frau Schrader stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

---

Schrader  
(Vorsitzende)

---

Krumme  
(Schriftführerin)